

## ESB will in AKW-Stillegung miteinbezogen werden

**Biel Der Energie Service Biel will während der Stilllegung des AKW Mühleberg über mögliche Gefährdungen für die Trinkwassergewinnung informiert sein.**

2019 wird das Atomkraftwerk Mühleberg abgeschaltet – eine Premiere in der Schweiz. Das ist zwar bereits seit Herbst 2013 bekannt. Doch die Umstände der Stilllegung geben weiterhin zu diskutieren. Aktueller Streitpunkt: die Strahlenmessung in der Aare. Wie es gestern in der Zeitung «Der Bund» hiess, fordert die Kantonsregierung, dass auch während dem Rückbau des AKW die Belastung der Aare mit dem radioaktiven Element Tritium überwacht wird.

Dies wird zwar heute gemacht – doch die Betreiberin des Atomkraftwerks, die BKW, will die Messungen nach 2019 nicht mehr fortführen. Gemäss «Bund» bezeichnet die BKW die Messungen als Forschungsprojekt «ohne Sicherheitsrelevanz». Denn die Tritiummessungen taugten bei einem Störfall nicht als Frühwarnsystem, weil sie nur einmal am Tag erhoben würden. Auch trete das radioaktive Tritium bei einem Störfall immer mit anderen Isotopen auf, die bereits mit

einem anderen automatischen Messsystem erfasst würden.

### Nach ein paar Stunden im See

Von den Plänen der BKW, die Tritiummessungen einzustellen, ist Heinz Binggeli, Direktor des Energie Service Biel (ESB), nicht erfreut. Die Stadt bezieht rund 70 Prozent ihres Trinkwassers aus dem Bielersee und ist auf eine einwandfreie Wasserqualität angewiesen. Jegliche Messdaten sind für das Unternehmen deshalb wertvoll. Gelangen in Mühleberg radioaktive Stoffe in die Aare, dauert es je nach Jahreszeit und Fließgeschwindigkeit nur ein paar Stunden, bis die Schadstoffe den See erreichen. Dies war beispielsweise im Jahr 2000 der Fall, als im Bielersee ein erhöhter – aber nicht gesundheitsschädigender – Wert an radioaktivem Cäsium-137 gemessen wurde, was dann jedoch erst 2013 an die Öffentlichkeit gelangte (das BT berichtete).

Der ESB misst zwar beim Seewasserwerk Ipsach permanent die Wasserqualität und kann so unerwünschte Rückstände feststellen. Die Messung der Radioaktivität liegt allerdings in der Verantwortung von Bundesstellen und der BKW – und zu diesen Echtzeit-Daten hat der ESB gemäss Binggeli keinen Zugang.

Würde sich derzeit ein nuklearer Vorfall ereignen, würde der

ESB wie alle anderen betroffenen Parteien darüber informiert. Binggeli findet jedoch, dass der ESB als Wasserversorger der Stadt Biel eine höhere Betroffenheit aufweist als andere – und damit auch enger in die Informationskette miteingebunden sein sollte. «Im Ernstfall müssen wir innert nützlicher Frist informiert werden, um eine Kontamination des Trinkwassers zu verhindern», sagt Binggeli. Innert einer Stunde könnte der ESB dann das Seewasserwerk kontrolliert vom Netz nehmen und die Versorgung über längere Zeit per Grund- und Quellwasser sicherstellen.

### Die Schadstoffe minimieren

Für die Stilllegung von Mühleberg hat die BKW beantragt, zeitweise mehr Radioaktivität in die Aare abgeben zu dürfen, als während der Betriebsphase. Obwohl sich die Menge innerhalb der gesetzlichen Limiten befunden hätte, lehnte die Atomaufsichtsbehörde Ensi den Antrag ab. Dieser Entscheid liegt auch im Interesse des ESB, wie Binggeli sagt: «Das Projekt hat vorgesehen, die Grenzwerte auszuschöpfen – wir hingegen wollen das Einbringen jeglicher Schadstoffe minimieren.»

Während der öffentlichen Auflage des Stilllegungsprojekts im April 2016 hat der ESB deshalb vorsorglich Einsprache erhoben. Der Wasserversorger forderte

nicht nur das Minimieren von Schadstoffen, sondern auch das Einbinden in die Informationskette während des Rückbaus. «Falls etwas nicht läuft wie geplant, wollen wir dabei sein», so Binggeli. Derzeit sei es nicht vorgesehen, dass der ESB im Projekt eingebunden wird. Binggeli betont, dass der ESB sich mit der Einsprache nicht gegen die Stilllegung stelle, «es ist gut, das AKW abzustellen», sondern dass man im Sinne der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung das Maximum machen wolle.

Zeitgleich mit dem ESB hat auch die Stadt Biel eine vorsorgliche Einsprache gegen das Stilllegungsprojekt deponiert. Dies aus dem Grund der Wahrung der Interessen der Stadt Biel und ihrer Bevölkerung, sagt Gemeinderätin Barbara Schwickert (Grüne), Direktorin Bau, Energie und Umwelt. «Die Gesundheit der Bevölkerung soll während des Rückbaus des AKW nicht gefährdet respektive gewahrt werden.»

Durch die Einsprachen wurden der ESB und die Stadt Biel zu Verfahrensparteien, «das ist uns wichtig», sagt Binggeli. Der ESB habe dadurch Einsichtsrecht in die Akten erhalten und diese Tage eine zweite Stellungnahme eingereicht. Nun liegt es am Bundesamt für Energie, diese zu begutachten. *Carmen Stalder*